

Ratsmitglieder, die im Stadtbezirk wohnen oder dort kandidiert haben

-/-

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Entschuldigt fehlen

Herr Reiner Blum
 Herr Lothar Klemme
 Frau Elke Kralemann
 Frau Marianne Kreye

Verwaltung

Herr Weigel	Bauamt	(zu TOP 7, 8, 20)
Herr Fliege	Bürgeramt	(zu TOP 9)
Herr Kleimann	Amt für Verkehr	(zu TOP 10)
Frau Bernauer	Umweltamt	(zu TOP 10)

Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötzke	Bezirksamt Heepen	
Frau Vinke	Bezirksamt Heepen	Schriftführerin

Externe

Herr Weinstein	Enderweit und Partner GmbH	(zu TOP 8)
----------------	----------------------------	------------

Öffentliche Sitzung:

Bezirksbürgermeister Sternbacher eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann wird die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Heepen

a) Baustellenhotline moBiel

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf seine in der Einwohnerfragestunde der Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 27.08.2015 gestellte Frage zur Baustellenhotline von moBiel. Er habe die von ihm gewählte Rufnummer mit der als Hotline ausgegebenen Nummer verglichen. Es handele sich um dieselbe Nummer, unter der er keine Auskunft habe bekommen können.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

b) Beleuchtung des Fuß- und Radweges an der Eckendorfer Straße

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) fragt, ob es möglich sei, für eine sichere Beleuchtung des Fuß- und Radweges entlang der Eckendorfer Straße im Bereich zwischen dem Schelpmilser Weg und der Altenhagener Straße zu sorgen. Zurzeit sei die vorhandene Beleuchtung durch das Laub der Bäume verdeckt.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung.

c) Breite der Schneise für die Stadtbahnlinie 2 durch den Buschbachwald

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf seine bereits am 27.08.2015 gestellte und mit Schreiben vom 16.11.2015 beantwortete Frage zur Breite der Schneise für die Linie 2 durch den Buschbachwald. Ihm sei als Antwort u. a. mitgeteilt worden, es seien keine Gehölze geschnitten und auch kein Bodenaushub im Buschbachwald abgelagert worden. Er habe jedoch Fotografien, die belegen, dass Gehölze geschnitten wurden und Aushub im Wald abgeladen wurde. Die Antwort des Fachamtes halte er daher für unrichtig und bitte um erneute Stellungnahme.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung unter Einbeziehung der Fotos.

d) Qualität der Antworten auf Einwohnerfragen

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung bei der Beantwortung von Einwohnerfragen diese Fragen regelmäßig "einfach abbügele". Eine inhaltliche Frage stellt Herr Kettner nicht.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er sei überzeugt davon, dass die Verwaltung alle Einwohnerfragen fachlich korrekt beantworte.

e) Inbetriebnahme der Verlängerungsstrecke der Stadtbahnlinie 2

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) vertritt die Auffassung, die Inbetriebnahme des Streckenabschnittes der Stadtbahnlinie 2 zwischen der Haltestelle "Milse" und der neuen Endhaltestelle könne nicht wie geplant am 06.12.2015 erfolgen, weil noch diverse Missstände zu beseitigen seien. Diese seien im Einzelnen das fehlende Rasengleis, eine "nicht der Zusage entsprechende Aufstellfläche" vor der Schranke, eine fehlerhafte Beschilderung der Schranke, die Installation von Kameras entlang der Strecke, welche eine Beobachtung der Bewohner/innen des Buschbachwegs möglich machen, eine mögliche Blendung anderer Verkehrsteilnehmer durch an der Schranke wartende Kraftfahrzeuge, ein Wendehammer von zu geringer Größe und die nicht dem Bebauungsplan entsprechende Ausführung des Buschbachweges. Zudem treffe die Kostenplanung von moBiel nicht zu. Insiderberichten zufolge seien die Baukosten auf insgesamt 20 Millionen Euro angestiegen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet die Verwaltung um Prüfung und vertritt die Auffassung, dass die tatsächlichen Baukosten erst nach kompletter Fertigstellung des Streckenabschnitts ermittelt werden können.

f) Sanierung der Milser Straße

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf seine am 27.08.2015 in der Sitzung der Bezirksvertretung gestellte und mit Schreiben vom 16.11.2015 beantwortete Frage zur Sanierungsbedürftigkeit der Milser Straße. Er vertritt die Auffassung, dass die Milser Straße entgegen der Antwort des zuständigen Straßenbaulastträgers Straßen NRW nicht verkehrssicher sei. Eine inhaltliche Frage stellt Herr Kettner nicht.

g) Parksituation an der neuen Endhaltestelle der Stadtbahnlinie 2

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) fragt, wie lange die Stadt die Situation in den Straßen Moenkamp und Buschbachweg noch beobachten wolle, ohne Maßnahmen zu ergreifen. Er vertritt die Auffassung, dass die Verwaltung bisher keine wirksamen Mittel eingesetzt habe, um verkehrsbehinderndes Parken zu unterbinden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass die Parksituation erst nach Inbetriebnahme der Verlängerungsstrecke sinnvoll ausgewertet werden könne. Erst dann könne geprüft werden, ob und welche Maßnahmen nötig werden.

h) Zustand des Buschbachwegs

Herr Kettner (Einwohner des Stadtteils Altenhagen) nimmt Bezug auf die von ihm am 14.06.2015 schriftlich an die Bezirksvertretung gestellte Frage und die schriftliche Antwort dazu vom 18.08.2015. Er vertritt die Auffassung, die Antwort, der Buschbachweg sei in einem altersgemäßen und verkehrssicheren Zustand, sei falsch. Er habe festgestellt, dass die Schäden im Bereich des Buschbachwegs, in dem der "Schwarzbau" der Wasserleitungen verlegt wurde, nicht altersbedingt sein können. Außerdem seien Schäden erkennbar, die durch Baufahrzeuge verursacht worden seien. Er fragt, ob die Anwohner des Buschbachweges damit zu rechnen haben, dass sie sich an Sanierungskosten beteiligen müssen und ob die Bezirksvertretung die Anwohner in diesem Fall unterstützen werde.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass der Zustand des Buschbachwegs nach Abschluss aller Bauarbeiten noch einmal überprüft werden sollte und bittet die Verwaltung um entsprechende Veranlassung.

i) Einschränkung der Öffnungszeiten der Filiale der Bürgerberatung in Brake

Herr Klaus Klein (Einwohner des Stadtteils Brake) verliert stellvertretend für die Braker Kaufleute und Vereine einen Appell an Oberbürgermeister Clausen:

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zunächst einmal sind wir erleichtert, dass die Braker Nebenstelle des Bezirksamtes nicht zur Schließung vorgesehen ist. Aber wir sind sehr enttäuscht, dass sie nach den öffentlich gewordenen Plänen nur noch an zwei Tagen wöchentlich geöffnet sein soll.

Wir wenden uns an Sie mit dem dringenden Appell, die Braker Nebenstelle der Bürgerberatung in der bisherigen Form geöffnet zu lassen; mindestens aber an einem Nachmittag bis abends zusätzlich zu den beiden vorgesehenen Vormittagen. Wir wissen, dass die Entscheidung darüber in Ihrer alleinigen Zuständigkeit liegt. Wir möchten Ihnen aber unsere Gründe mitteilen und wissen uns dabei in Übereinstimmung mit allen örtlichen Parteien:

1. Brake ist ein Stadtteil, dessen Einwohnerzahl seit der Eingemeindung etwa um die Hälfte zugenommen hat. Die Zahl liegt heute bei knapp unter 10.000 Einwohnern; darunter viele ältere Menschen, für die ein Ämtergang nach Heepen oder nach Bielefeld-Innenstadt kaum noch möglich ist. Allein die BGW hat in Brake zwei Einrichtungen „Bielefelder Modell“ gebaut. Die Unzumutbarkeit weiter Wege gilt auch für Familien mit kleinen Kindern, die ebenfalls auf eine ortsnahe Versorgung angewiesen sind.

2. Soweit wir uns erinnern, sind Sie und Ihre Partei immer für Bürgernähe eingetreten – und damit für den Erhalt der Bezirke und der Dienstleistungen in den Bezirksämtern und in den Nebenstellen, was für die Lebensqualität in den Außenbereichen eine wichtige Rolle spielt. Eine Schließung oder eine starke Reduzierung der Öffnungszeiten wäre ein Schlag gegen Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der Politik und würde bei den Bürgern auf Unverständnis stoßen, weil dann ein Gang „aufs Amt“ eine halbe Tagesreise bedeuten würde.

3. Die Bürgerberatung stellt ein wichtiges Element der Braker Infrastruktur dar. Was für Bielefeld das Rathaus, das ist für Brake die Nebenstelle des Bezirksamtes: ein Identifikationsort und ein wichtiger Standortfaktor. Nicht umsonst hat der alte 1972er Gemeinderat im Gebietsänderungsvertrag die Fortführung der Nebenstelle vertraglich gesichert.

4. Die Schließung der Nebenstelle würde in Brake zu Frust und weiterer Politikverdrossenheit führen; hat doch „die Stadt“ bereits Schwimmbad und Stadtteilbibliothek geschlossen – zwei Einrichtungen, denen die Braker bis heute nachtrauern.

Zudem glauben wir nicht, dass die Schließung ein nennenswertes Einsparungspotential erbringen würde. Die Räume sind angemietet (ob sie nun an zwei oder fünf Tagen benutzt werden, macht keinen Unterschied), die Arbeit muss gemacht werden und führt bei Zentralisierung und Leistungseinschränkungen zu langen Wartezeiten. In anderen Städten hat die Verärgerung der Bürger darüber u. a. bei der Bürgermeisterwahl eine wichtige Rolle gespielt.

Wir hoffen, dass unsere Argumente Sie überzeugen können und hoffen darauf, dass die Braker Nebenstelle weiterhin unverändert geöffnet bleibt."

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, dass die Bezirksvertretung den Appell zur Kenntnis genommen habe und im Rahmen der Einwohnerfragestunde keine Stellungnahme zum Inhalt des Appells abgeben könne.

j) Gebäude Herforder Straße 597

Herr Karl-Heinz Meyer (Einwohner des Stadtteils Brake) übt Kritik daran, dass das Gebäude in einem so schlechten Zustand ist, dass der Mietvertrag mit dem bisher dort ansässigen Restaurant nicht fortgeführt werden konnte. Er habe kein Verständnis dafür, dass die Stadt ihrer Verpflichtung nicht nachkomme, ihr Eigentum zu pflegen. Der Restaurantbetrieb habe als Mieter des Gebäudes ein Anrecht auf eine Sanierung, die den weiteren Betrieb des Restaurants ermögliche. Außerdem entziehe die Stadt dem Restaurantbetreiber durch die Beendigung des Mietverhältnisses die Existenzgrundlage und sorge so für Steuerverluste. Das Gebäude sei äußerlich nicht in einem verkehrssicheren Zustand, Dachpfannen hätten sich bereits gelöst.

Eine inhaltliche Frage stellt Herr Meyer nicht.

Bezirksbürgermeister Sternbacher teilt mit, dass ihm zu den Details der vertraglichen Ausgestaltung des Mietverhältnisses und dessen Beendigung keine Aussage möglich sei. Bezüglich der Beurteilung des baulichen Zustands des Gebäudes vertrete er die Auffassung, dass die dazu vorliegende Einschätzung der Fachleute des Immobilienservicebetriebs der Stadt Bielefeld vertrauenswürdig sei. Er bittet die Verwaltung, die weiterhin bestehende Verkehrssicherungspflicht bezüglich der losen Dachpfannen zu erfüllen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 12. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.10.2015

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 12. Sitzung der Bezirksvertretung Heepen am 01.10.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 2 *

Zu Punkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung aller Bezirksvertretungen am 25.03.2015

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über die gemeinsame Sondersitzung aller Bezirksvertretungen am 25.03.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 3 *

Zu Punkt 4 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

4.1 Zentralisierung der Friedhofsangelegenheiten

Mit Informationsvorlage Drucksache-Nr. 6103/2009-2014 wurde u. a. die Bezirksvertretung Heepen in der Sitzung am 10.10.2013 darüber informiert, dass vom Dezernat für Umwelt und Klimaschutz vorgeschlagen worden ist, die Aufgabe „Friedhofsangelegenheiten“ künftig vom Umweltbetrieb zentral und ohne zusätzliches Personal wahrnehmen zu lassen. Mit Wegfall dieser Aufgabe könnten die bisher gebührenfinanzierten Stellenanteile in den Bezirksämtern eingespart werden. Die konkrete zeitliche Umsetzung dieser Maßnahme sollte noch vereinbart werden.

Zwischenzeitlich hat der Oberbürgermeister im Rahmen seiner Organisationshoheit verfügt, dass die Umsetzung für den Stadtbezirk Heepen zum 01.01.2016 erfolgen wird. Von diesem Zeitpunkt an ist die Abteilung Friedhöfe / Bestattungen auf dem Sennefriedhof für alle Friedhofsangelegenheiten der im Stadtbezirk Heepen gelegenen Friedhöfe Brake West, Brake Ost und Altenhagen zuständig. Im Bezirksamt Heepen fallen hierdurch 0,3 Stellenanteile weg.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

4.2 Verkehrsregelung Parkplätze Waagestraße - vgl. BV Heepen - 17.06.2015 - TOP 6.2

Den Mitteilungen beigelegt ist eine Stellungnahme des Amtes für Verkehr.

Eine farbige Darstellung der Anlage steht digital zur Verfügung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.2 *

-.-.-

4.3 ISEK - Stadtumbau Bielefeld

Den Mitteilungen beigelegt sind eine Beschlussvorlage zum ISEK sowie die entsprechenden Auszüge aus den Niederschriften der beteiligten Gremien. In digitaler Form steht eine von der Stadt Bielefeld herausgegebene Broschüre "ISEK BI - Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Stadtumbau Bielefeld - Monitoring, Evaluierung und Umsetzungsbericht 2014" als Anlage zur Sitzung zur Verfügung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.3 *

-.-.-

4.4

Konversion Bielefeld

Den Mitteilungen beigefügt sind eine Informationsvorlage, die am 10.09.2015 im Haupt- und Beteiligungsausschuss vorgestellt wurde, sowie ein entsprechender Auszug aus der Niederschrift der Sitzung.

Die dazu gehörende Präsentation steht in digitaler Form als Anlage zur Sitzung zur Verfügung.

Eine Einladung zum 1. Konversionsdialog am Freitag, 20.11.2015, 18.00 Uhr, im Kultur- und Kommunikationszentrum Sieker, Meisenstraße 65, 33607 Bielefeld haben die Mitglieder der Bezirksvertretung Heepen am 10.11.2015 per E-Mail erhalten.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.4 *

-.-.-

4.5

Teilnehmerzahlen Ferienspiele im Stadtbezirk Heepen

Den Mitteilungen beigefügt ist eine tabellarische Darstellung der Teilnehmerzahlen an den Ferienspielen im Stadtbezirk Heepen für die Jahre 2011 bis 2015.

Herr Dr. Elsner fragt, ob es eine Erklärung dafür gebe, dass die Teilnehmerzahlen an den Ferienspielen in Brake rückläufig seien und ob es Daten zur Klärung dieser Frage gebe.

Herr Skarabis erklärt, dass es für den Rückgang der Teilnehmerzahlen keine Erklärung gebe.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.5 *

-.-.-

4.6

Abrechnungen nach dem KAG

Das Amt für Verkehr hat den Stadtentwicklungsausschuss am 03.11.2015 u. a. über eine Abrechnung nach dem KAG für eine im Stadtbezirk Heepen durchgeführte Maßnahme informiert. Beigefügt ist ein Auszug aus der Anlage zur Informationsvorlage Drucksache Nr. 2126/2014-2020.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.6 *

-.-.-

4.7 **Hillegosser Straße - Verkehrsführung für Radfahrer (Einwohnerfragestunde vom 07.05.2015)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Stellungnahme des Amtes für Verkehr zur Verkehrsführung für Radfahrer an der Hillegosser Straße im Einmündungsbereich der Straße Krähenwinkel.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.7 *

-.-.-

4.8 **Verbesserung der Beschilderung im Bereich Oldentruper Kreuz - vgl. BV Heepen - 27.08.2015 - TOP 6.4**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Stellungnahme des Amtes für Verkehr zur zukünftigen Beschilderung an der Oldentruper Straße.
Eine farbige Darstellung der Anlage steht digital zur Verfügung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.8 *

-.-.-

4.9 **Antworten auf Einwohnerfragen**

Den Mitteilungen beigefügt sind Antworten auf folgende Einwohnerfragen:

- Pestizideinsatz auf Pachtflächen der Stadt Bielefeld - Herr Prester vom 17.06.2015
- Sicherheit an der Elverdisser Straße - Herr Tresser vom 27.08.2015 (und 26.02.2015)
- Sanierung des Rad- und Gehwegs Schelpmilser Weg - Herr Blumenstock vom 01.10.2015
- Breite der Schneise für die Stadtbahnlinie 2 im Buschbachwald - Herr Kettner vom 27.08.2015
- Sanierung Milser Straße - Herr Kettner vom 27.08.2015
- Linienführung Buslinien 21 und 22 - Herr Schulze vom 01.10.2015

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.9 *

-.-.-

4.10 **Spielplatz zwischen Altenhagener Straße und Fehringshof - Benutzbarkeit nach Regenfällen (vgl. BV Heepen - 07.05.2015 - TOP 5.3)**

Laut Mitteilung des Umweltbetriebes ist der Anschluss der verlegten Drainage an die Vorflut inzwischen erfolgt und die Arbeiten damit abgeschlossen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.10 *

-.-.-

4.11 **1. Änderung des Bebauungsplans Nr. III/3/43.00 "Hagenkamp" - Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung**

Den Mitteilungen beigefügt ist ein Vermerk des Bauamtes über den Unterrichtungs- und Erörterungstermin im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung am 04.11.2015 in der Baumheideschule.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.11 *

-.-.-

4.12 **Naturnaher Ausbau des Oldentruper Bachs im Bereich Dingerdisser Straße/ Teich Steffen**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine schriftliche Mitteilung des Umweltamtes zum naturnahen Ausbau des Oldentruper Bachs.
Eine farbige Darstellung der Anlage steht digital zur Verfügung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.12 *

-.-.-

4.13 **Schnitt- und Rodungsarbeiten 2015/16 im Stadtgebiet**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Information des Umweltbetriebes über anstehende Schnitt- und Rodungsarbeiten im Stadtbezirk Heepen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.13 *

-.-.-

4.14

Fahrgastinformationen am Bahnhof in Brake (vgl. BV Heepen - 01.10.2015 - TOP 5.2)

Laut Mitteilung des VVOWL sind die Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) dafür verantwortlich, dass Fahrgastinformationen erfolgen. Es gebe zwei Möglichkeiten für den Informationsfluss: Entweder die EVU geben Fahrgastinformationen direkt über eine Schnittstelle in das sog. "ISIS-System" der DB AG (Datensystem) ein und erzeugen so nach entsprechender Datenaufbereitung eine Anzeige auf der Anzeigetafel oder die EVU informieren die 3-S-Zentrale (Sicherheits- und Informationszentrale) am Hauptbahnhof in Bielefeld, von wo aus ein Text in die Anzeigetafel am Bahnhof in Brake eingegeben werden kann. Laut Aussage des VVOWL habe sich die Informationslage in den letzten Monaten verbessert. Bei stichprobenartigen Überprüfungen wurde festgestellt, dass die Daten bei Verspätungen oder Ausfällen stringenter als zuvor auf den Anzeigetafeln erscheinen. Die Verkehrsunternehmen und die DB Station&Service AG wurden aufgrund des Beschlusses der Bezirksvertretung Heepen zusätzlich durch den VVOWL hinsichtlich einer zügigen Informationsweitergabe sensibilisiert.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.14 *

-.-.-

4.15

Kosten für einen Hundekotbeutelspender (vgl. Bezirksvertretung Heepen - 07.05.2015 - TOP 5.4)

Laut Mitteilung des Umweltbetriebes betragen die Kosten für einen Hundekotbeutelspender 250,00 € inklusive Installation am Standort. Für das Nachfüllen der Beutel Sorge der Umweltbetrieb.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.15 *

-.-.-

4.16

Einladung zur Vernissage

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Einladung zur Vernissage der Ausstellung "Verbindende Impressionen - Malerei" von Vladimir Gribachev am 02.12.2015 um 19.00 Uhr. Die Ausstellung wird vom 02.12.2015 bis 29.01.2016 zu sehen sein.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.16 *

-.-.-

4.17 **Parkmöglichkeiten im Umfeld der neuen Endhaltestelle der Stadtbahnlinie 2 (vgl. BV Heepen - 07.05.2015 - TOP 5.1)**

Den Mitteilungen beigefügt ist eine Stellungnahme des Amtes für Verkehr zu Parkmöglichkeiten im Umfeld der neuen Endhaltestelle der Stadtbahnlinie 2.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.17 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

4.18 **Stadtteilmagazin Der Rabe**

Herr Skarabis verweist auf ein vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteiltes Exemplar des Stadtteilmagazins "Der Rabe".

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.18 *

-.-.-

4.19 **Antwort auf eine Einwohnerfrage**

Herr Skarabis verweist auf eine vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilte schriftliche Antwort des Bezirksamtes auf eine Einwohnerfrage von Herrn Kettner aus der Einwohnerfragestunde der Sitzung vom 27.08.2015 zur Einhaltung von Sicherheitsvorschriften im Bereich der Baustelle zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 2.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.19 *

-.-.-

4.20 **Wiedereröffnung der Heimatstube des Heimatsvereins Brake**

Herr Skarabis verweist auf eine vor der Sitzung an alle Mitglieder der Bezirksvertretung verteilte Einladung zur Wiedereröffnung der Heimatstube des Heimatsvereins Brake am 27.11.2015 um 16.00 Uhr.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.20 *

-.-.-

4.21

Entfernung von Sitzgelegenheiten am Verbindungsweg zwischen Borriesstraße und Wappenwanderweg in Brönninghausen

Herr Skarabis teilt mit, dass der Umweltbetrieb die an einem Verbindungsweg zwischen Borriesstraße und Wappenwanderweg bisher unterhaltenen Sitzgelegenheiten in Kürze entfernen werde. Die Verkehrssicherung der Sitzgelegenheiten sowie vier umstehender Bäume wurde bisher vom Umweltbetrieb durchgeführt. Der Eigentümer des Waldstücks habe den Umweltbetrieb nun aufgefordert, die Verkehrssicherungspflicht für einen an dem Sitzplatz vorbei führenden, privaten Weg ebenfalls mit zu übernehmen. Dieser Aufforderung liege vermutlich eine Änderung des Bundeswaldgesetzes zugrunde. Mit der Übernahme der Verkehrssicherungspflicht für die Zuwegung zum Sitzplatz wären für den Umweltbetrieb zusätzliche Sicherungspflichten an den Bäumen und an dem Weg angefallen, die dieser aus wirtschaftlichen Erwägungen nicht erfüllen könne.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 4.21 *

Zu Punkt 5

Anfragen

Zu Punkt 5.1

Einschränkungen bzgl. der Filialen der Bürgerberatung in den Stadtbezirken

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2392/2014-2020

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit TOP 9.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 5.1

Zu Punkt 6 Anträge

Zu Punkt 6.1 Entwicklung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Verhinderung von Schleichverkehr in den Straßen Am Recksiek/Siekstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2383/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

"Die Verwaltung wird beauftragt, wirksame Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Verhinderung von Schleichverkehr in den Straßen Am Recksiek und Siekstraße zu entwickeln. Die Maßnahmen sind der BV Heepen zeitnah vorzustellen.

Als erster Schritt und zur Klärung des notwendigen Umfangs weiterer Maßnahmen soll zunächst in der Siekstraße in Höhe des Kindergartens ein Geschwindigkeitsdisplay für einen ausreichenden Erhebungszeitraum installiert werden."

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass die Lage in den betroffenen Straßen prekär sei und eine weitere Nutzung der Straße als Schleichweg durch verkehrliche Maßnahmen unattraktiv gemacht bzw. verhindert werden müsse.

Frau Grünwald (CDU-Fraktion) übt Kritik an der vorhandenen Beschilderung der Anliegerstraße Siekstraße. Von der Oldentruper Straße kommend sei die Straße nicht als Anliegerstraße zu erkennen.

Herr Skarabis berichtet, die Straßenverkehrsbehörde habe die Situation bereits geprüft und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass verstärkt Geschwindigkeitsüberwachungen durchgeführt werden sollten. Ortskundige kennen das Einfahrtsverbot in die Anliegerstraße Siekstraße, Ortsunkundige würden die Siekstraße in der Regel nicht befahren. Eine Notwendigkeit zur Veränderung der Beschilderung werde deshalb von der Fachverwaltung zurzeit nicht gesehen.

Herr Dr. Elsner hält es für notwendig, die Situation zu verändern und fordert die Verwaltung dazu auf, für diese Veränderung zu sorgen.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) erklärt, seine Fraktion unterstütze den Antrag in vollem Umfang.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, wirksame Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Verhinderung von Schleichverkehr in den Straßen Am Recksiek und Siekstraße zu entwickeln. Die Maßnahmen sind der BV Heepen zeitnah vorzustellen.

Als erster Schritt und zur Klärung des notwendigen Umfangs weiterer Maßnahmen soll zunächst in der Siekstraße in Höhe des Kindergartens ein Geschwindigkeitsdisplay für einen ausreichenden Erhebungszeitraum installiert werden.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 6.1 *

Zu Punkt 6.2**Bericht über die planmäßige Durchführung von städtischen Bauvorhaben**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2385/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion:

"Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht über die größeren städtischen Bauvorhaben im Stadtbezirk Heepen der letzten 24 Monate zu erstellen und der Bezirksvertretung vorzulegen, die Folgendes umfasst:

- *Anzahl der durchgeführten größeren städtischen Bauvorhaben. Als größere städtische Bauvorhaben sollen solche Vorhaben im infrastrukturellen Bereich (Straßenbau, Baumaßnahmen an städtischen Einrichtungen, usw.) verstanden werden, die durch die Stadt, einen städtischen Betrieb oder ein städtisches Tochterunternehmen in Auftrag gegeben worden sind und deren geplante Bauzeit mindestens eine Woche beträgt.*
- *Anteil der im Wesentlichen im Planungsrahmen fertiggestellten Maßnahmen, d.h. der Anteil der Bauvorhaben, bei denen die tatsächliche Bauzeit die geplante Bauzeit um höchstens 25% übersteigt*
- *Liste der nicht im Planungsrahmen fertiggestellten Maßnahmen mit folgenden Angaben:*
 - *Art und Umfang der Baumaßnahme*
 - *Auftrag erteilende Stelle*
 - *Geplante Bauzeit*
 - *Tatsächliche Bauzeit*
 - *Gründe für die Überschreitung der geplanten Bauzeit, sowie die dadurch entstandenen Mehrkosten"*

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) führt zur Begründung

des Antrags aus, dass an die Mitglieder der Bezirksvertretung von Bürgerinnen und Bürgern immer wieder Kritik darüber herangetragen werde, dass Baumaßnahmen nicht in der geplanten Bauzeit abgeschlossen werden. Als Beispiele führt er den Bau des Kreisverkehrs im Zusammenhang mit der Verlängerung der Stadtbahnlinie 2 in Milse und eine Maßnahmen auf dem Außengelände der KITA Rottsiek an. Es sei zu klären, ob tatsächlich übermäßig lange Bauzeiten benötigt werden und ob dies systematische Ursachen habe.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass die Klärung dieser Frage notwendig, jedoch ein sehr großer Verwaltungsaufwand dafür erforderlich sei. Er schlage deshalb vor, die Angelegenheit im anlassbezogenen Arbeitskreis "Tiefbau, Verkehr, Planung" vorzubesprechen und den Antrag danach auf das Wichtigste zu reduzieren.

Herr Dr. Elsner erklärt sich damit einverstanden, die Ergebnisse des Antrags im anlassbezogenen Arbeitskreis "Tiefbau, Verkehr, Planung" zu diskutieren. Er gehe davon aus, dass die mit dem Antrag angefragten Daten durch laufendes Controlling vorliegen und ohne größeren Aufwand zusammengestellt werden können.

Herr Skarabis weist darauf hin, dass mit dem Antrag ein umfangreicher Auftrag an die Verwaltung gegeben werde, von dem mehrere unterschiedliche Dienststellen betroffen seien. Nach einer ersten Stellungnahme des Amtes für Verkehr wären hier über hundert Maßnahmen betroffen, die mit einer automatischen Datenabfrage nicht zu erheben sind. Er bittet im Namen der Verwaltung darum, den Antrag zu konkretisieren.

Bezirksbürgermeister Sternbacher schlägt vor, den Antrag an dieser Stelle zurückzustellen und stattdessen im anlassbezogenen Arbeitskreis mit Vertretern der Verwaltung zu besprechen.

Herr Dr. Elsner erklärt, diesem Vorschlag zustimmen zu können, sofern in dem Arbeitskreis zumindest eine Liste mit Baumaßnahmen vorgelegt werde, bei deren Durchführung es erhebliche zeitliche Abweichungen von der Planung gegeben habe. Die Zusammenstellung dieser Daten dürfte aus seiner Sicht keinen großen Aufwand verursachen. Seiner Fraktion sei wichtig, dass geklärt werde, ob es überhaupt solche zeitlichen Abweichungen gebe.

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass die betroffenen Dienststellen gebeten werden sollen, für die Beratungen in einem anlassbezogenen Arbeitskreis im ersten Quartal 2016 mit entsprechenden Unterlagen zur Verfügung zu stehen.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, als Grundlage einer Beratung im anlassbezogenen Arbeitskreis "Tiefbau, Verkehr, Planung" im ersten Quartal 2016 eine Übersicht über die städtischen Bauvorhaben der letzten 24 Monate im Stadtbezirk Heepen vorzulegen, deren geplante Bauzeit erheblich überschritten wurde.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 6.2 *

-.-.-

Zu Punkt 6.3**Bericht über den Stand „Gemeinsames Lernen“ in den Grundschulen im Stadtbezirk Heepen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2387/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag der SPD-Fraktion:

"Die Verwaltung wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht zur Situation des „Gemeinsamen Lernens“ im Grundschulbereich, bezogen auf den Stadtbezirk, vorzulegen.

Dabei sollen u.a. folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- *Pädagogische Konzepte und pädagogische Erfahrungen*
- *Personalsituation*
- *Raumsituation*
- *Wahlverhalten der Eltern*
- *Zufriedenheitsgrad der Eltern (und Schüler)*
- *Entwicklungsperspektiven"*

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, in einer der nächsten Sitzungen einen Sachstandsbericht zur Situation des „Gemeinsamen Lernens“ im Grundschulbereich, bezogen auf den Stadtbezirk, vorzulegen.

Dabei sollen u.a. folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- **Pädagogische Konzepte und pädagogische Erfahrungen**
- **Personalsituation**
- **Raumsituation**
- **Wahlverhalten der Eltern**
- **Zufriedenheitsgrad der Eltern (und Schüler)**
- **Entwicklungsperspektiven**

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 6.3 *

Zu Punkt 6.4

-.-.-

Mehr Sicherheit für die Schulkinder in Oldentrup

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2388/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag der CDU- Fraktion und der SPD-Fraktion:

"Die Verwaltung wird beauftragt, der BZV Vorschläge für einen sicheren Einstieg der Schüler der Förderschule nach Schulschluss an der Haltestelle Oldentruper/Lüneburger Straße vorzulegen."

Frau Grünewald (CDU-Fraktion) erklärt, die Situation an der Haltestelle sei für die dort wartenden Schülerinnen und Schüler vor allem wegen des hohen LKW-Aufkommens sehr gefährlich.

Bezirksbürgermeister Sternbacher berichtet, Mitgliedern der Bezirksvertretung sei bei einem Ortstermin an der Schule aufgefallen, dass an der Bushaltestelle nach Schulschluss großer Andrang herrsche.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, dass bisherige Maßnahmen noch kein ausreichendes Ergebnis gebracht haben und deshalb weiter Optimierungsbedarf bestehe.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, der BZV Vorschläge für einen sicheren Einstieg der Schüler der Förderschule nach Schulschluss an der Haltestelle Oldentruper/Lüneburger Straße vorzulegen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 6.4 *

-.-.-

Zu Punkt 6.5 Instandsetzung der Wegeverbindung zwischen der Römerstraße und der Mecklenburger Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2400/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den gemeinsamen Antrag aller Fraktionen und Einzelvertreter:

"Die Verwaltung wird aufgefordert, die Wegeverbindung zwischen der Römerstraße und der Mecklenburger Straße in Altenhagen so herzurichten, dass eine ungehinderte und gefahrlose Nutzung für alle Bürgerinnen und Bürger möglich ist."

Bezirksbürgermeister Sternbacher vertritt die Auffassung, dass der Weg im jetzigen Zustand nicht für eine gefahrlose Nutzung geeignet sei. Unabhängig davon, welche Stelle bei der Verwaltung für die Unterhaltung und Verkehrssicherung des Weges zuständig sei, halte er eine umgehende Verbesserung des Zustandes für notwendig.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Wegeverbindung zwischen der Römerstraße und der Mecklenburger Straße in Altenhagen so herzurichten, dass eine ungehinderte und gefahrlose Nutzung für alle Bürgerinnen und Bürger möglich ist.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 6.5 *

-.-.-

Zu Punkt 6.6

Sportunterricht und Sportmöglichkeiten an Schulen und Kindertagesstätten im Stadtbezirk HeepenBeratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2393/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf den Antrag des Vertreters der Partei Die Linke:

"Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie groß der Unterrichtsausfall im Pflichtfach „Sport“ an den Schulen im Stadtbezirk Heepen ist. Dabei sind die Werte im Schwimmen gesondert auszuweisen. Ferner ist zu prüfen ob in öffentlichen Kindergärten und Schulen im Stadtbezirk eine ausreichende Anzahl von funktionsfähigen mobilen und immobilen Spiel- und Sportgeräten vorhanden ist. Das Ergebnis der Prüfung ist der Bezirksvertretung im 1. Halbjahr 2016 vorzustellen."

Herr Schatschneider (Die Linke) erklärt, mittels des Antrags feststellen zu wollen, ob im Stadtbezirk Heepen Defizite bestehen und ob eine Veränderung notwendig und möglich sei.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) vertritt die Auffassung, es sei wichtig, einen bezirklichen Eindruck zu bekommen. Seine Fraktion unterstütze den Antrag.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie groß der Unterrichtsausfall im Pflichtfach „Sport“ an den Schulen im Stadtbezirk Heepen ist. Dabei sind die Werte im Schwimmen gesondert auszuweisen. Ferner ist zu prüfen ob in öffentlichen Kindergärten und Schulen im Stadtbezirk eine ausreichende Anzahl von funktionsfähigen mobilen und immobilen Spiel- und Sportgeräten vorhanden ist. Das Ergebnis der Prüfung ist der Bezirksvertretung im 1. Halbjahr 2016 vorzustellen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 6.6 *

-.-.-

Zu Punkt 7

2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. III / Hi 10/2 "Feldmühle MPB" für das Teilgebiet Dingerdisser Straße - Niedernholz - Südgrenze der Flurstücke 879 und 1552 - Ostring (L787) im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)

**- Stadtbezirk Heepen -
Beschluss über Stellungnahmen
Satzungsbeschluss**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2224/2014-2020

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Die Stellungnahme aus der Öffentlichkeit wird gemäß Anlage C zurückgewiesen.
2. Die vorgeschlagenen Änderungen der Verwaltung zur Begründung (Stand: Entwurf) werden gemäß Anlage C beschlossen.
3. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Hi 10/2 "Feldmühle MPB" für das Teilgebiet Dingerdisser Straße - Niedernholz - Südgrenze der Flurstücke 879 und 1552 - Ostring (L787) wird als Satzung gemäß § 10 (1) BauGB beschlossen.
4. Der Satzungsbeschluss für die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. III/Hi 10/2 "Feldmühle MPB" ist gemäß § 10 (1) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8

Aufstellung des Bebauungsplans Nr. III / A16 "Brockeiche" für das Gebiet südlich der "Römerstraße", westlich des "Poseidon Wegs", nördlich der Milser Straße" und östlich der "Brockeiche" gem. § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren

**- Stadtbezirk Heepen -
Aufstellungsbeschluss
Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2291/2014-2020

Herr Weinstein (Planungsbüro Enderweit und Partner) stellt das Plangebiet, dessen Verbindung mit dem ÖPNV und insbesondere die Verortung geplanter Neubauten und zu sanierender Objekte vorhandener Wohnbe-

bauung mittels einer Beamerpräsentation vor. Die BGW plane vier Bestandsgebäude zugunsten neuer Wohngebäude zu überplanen sowie zwei weitere Bestandsgebäude im Osten energetisch zu sanieren. Das Wohnprojekt soll nach dem Konzept des "Bielefelder Modells" errichtet werden. Es seien 50 Stellplätze geplant, deren Anzahl sich nach dem Stellplatzschlüssel der BGW von 1:4 berechne. Weiter sollen auf privaten Grundstücksflächen drei Einfamilienhäuser die vorhandenen Baulücken schließen und sich in die bestehende Bebauung mit ein- bis zweigeschossiger Bauweise einfügen. Die Planungen befinden sich auf der Stufe der Vorplanung. Eine Änderung des FNP sei nicht nötig, der Bebauungsplan könne aus dem FNP entwickelt werden. Die bestehende "Satzung 005" setze für das Gebiet eine Einzelbebauung fest, so dass diese mit dem Bebauungsplan zu überplanen sei, um die Bebauung mit Gebäuden nach dem "Bielefelder Modell" ermöglichen zu können.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt, ob es Erfahrungen aus bestehenden BGW-Wohnmodellen dazu gebe, ob der Stellplatzschlüssel von 1:4 realistisch sei. Er vertritt die Auffassung, dass Bewohner solcher Modelle noch lange selbst mobil seien und ein Fahrzeug besäßen, außerdem sei mit Besuchern zu rechnen, für die Parkplätze einzuplanen seien. Weiter fragt er, wann die Versorgung mit Internetanschlüssen in den Plan eingearbeitet werde. Ältere Menschen seien vermehrt Nutzer von digitalen Medien, dies müsse berücksichtigt werden.

Herr Weinstein erklärt, der Stellplatzschlüssel der BGW sei nach den bisherigen Erfahrungen als ausreichend zu betrachten. Diese Aussage beziehe sich auf Angaben der BGW, eine eigene Untersuchung habe sein Büro nicht durchgeführt. Die Versorgung mit Internetzugängen könne im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit bzw. der Versorgungsträger thematisiert werden.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, eine Grundversorgung des Gebietes sei nicht ausreichend und eine adäquate Internetversorgung auf dem aktuellen Stand der Technik solle als Planungsziel formuliert werden. Erfahrungen in anderen Baugebieten hätten gezeigt, dass es erforderlich sei, einen Fokus auf dieses Thema zu legen und die Internetversorgung als wichtiges Planungsziel einzubinden.

Bezirksbürgermeister Sternbacher erklärt, er halte es vor dem Hintergrund bisheriger Erfahrungen z. B. aus Gewerbegebieten in Bezug auf Internetversorgung für erforderlich, dass dieses Thema vermehrt beachtet werde. Er bitte die Verwaltung, bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Bebauungsplanverfahren den Aspekt der adäquaten Internetversorgung zu beachten.

Herr Weigel (Bauamt) bietet an, die Internetversorgung und deren geplante Standards losgelöst von der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung mit den Versorgungsträgern zu erörtern. Eine Festsetzung im Bebauungsplan sei aus seiner Sicht nicht möglich.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, dass in der Begründung zum Bebauungsplan unter dem Stichwort "Versorgung" eine Stellungnahme zur Internetversorgung abgegeben werden sollte. Ihm sei wichtig, nachvollziehen zu können, dass dieses Thema in den Planungen mit bedacht worden sei. Zudem bitte er im Zuge des Verfahrens um einen Bericht

über Erfahrungen bzgl. des Stellplatzschlüssels der BGW.

Herr Wäschebach begrüßt die ganzheitliche Entwicklung des Plangebietes und regt an, die Reaktionen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung abzuwarten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und vertritt die Auffassung, dass im weiteren Verlauf des Verfahrens unter anderem auf die Frage der Anzahl der erforderlichen Stellplätze für die BGW-Gebäude ein besonderer Schwerpunkt gelegt werden sollte.

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. **Der Bebauungsplan Nr. III / A16 "Brockeiche" für das Gebiet südlich der "Römerstraße", westlich des "Poseidon Wegs", nördlich der "Milser Straße" und östlich der "Brockeiche" ist gemäß § 13a BauGB im beschleunigten Verfahren aufzustellen. Für die genaue Abgrenzung ist die im Abgrenzungsplan eingetragene „Grenze des räumlichen Geltungsbereiches“ verbindlich.**
2. **Für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. III / A16 "Brockeiche" sind die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB auf der Grundlage der in der Vorlage dargestellten allgemeinen Ziele und Zwecke durchzuführen.**

- einstimmig beschlossen -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9

Sachstandsbericht zur Haushaltskonsolidierung im Bürgeramt

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummern: 2392/2014-2020 und 2160/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Anfrage des Vertreters der Partei Die Linke (vgl. TOP 5.1):

"Im Jahre 2013 wurden Pläne der Verwaltung publik Bürgerberatungsfilialen zu schließen. Durch eine Unterschriftensammlung und eines einstimmigen Votums der BZV Heepen wurden die Pläne kurz vor der Kommunalwahl ad acta gelegt. Aktuell plant die Verwaltung dramatische Verkürzungen der Öffnungszeiten. In Brake soll die Filiale nur noch an zwei Vormittagen für insgesamt sechs Stunden geöffnet werden. Eine Öffnung am Nachmittag ist nicht vorgesehen. Dies bedeutet eine Kürzung der Öffnungszeiten um 13 Stunden. Bei unserem Einwohnerantrag wurden

über 12.000 Unterschriften gegen die Schließung der Bürgerberatungsfilialen gesammelt. Die BZV Heepen hat sich auch 2015 einstimmig gegen eine Schließung ausgesprochen und zudem den Wunsch geäußert das die Bürgerberatung in Brake dauerhaft und auf aktuellem Niveau erhalten bleiben soll.

Frage:

Warum ignoriert die Verwaltung den erklärten Willen aus Politik und Bevölkerung und plant massive Verschlechterungen im Bürgerservice?

Zusatzfragen:

Warum ist für die berufstätige Bevölkerung keine Möglichkeit mehr vorgesehen die Bürgerberatungsfiliale in Brake nachmittags aufzusuchen?

Welche Wartezeiten muss die Bevölkerung ab Januar 2016 bei einem Besuch der Bürgerberatungsfiliale Brake voraussichtlich einplanen?"

Herr Fliege (Bürgeramt) erklärt, die Verwaltung sei sich bewusst, dass mit den vorgesehenen Maßnahmen der Bürgerservice eingeschränkt werde. Haushaltskonsolidierung ohne Einschränkungen gebe es allerdings nicht. Die Verwaltung habe sich dabei sehr bewusst überlegt, wo Einschnitte vertretbar seien und wie ein bürgernahes und dezentrales Angebot bei gleichzeitiger Kosteneinsparung künftig aussehen soll. Letztendlich sei Haushaltskonsolidierung auch im Interesse der Bevölkerung sowie eine Vorgabe der Politik. In 6 von 11 Filialen werde es auch weiterhin ein Nachmittagsangebot geben. Wer berufstätig sei, werde auch weiterhin ein Angebot nutzen können. Der Preis für den Erhalt der Filialen in der Fläche sei die Einschränkung bei den Öffnungszeiten. Wartezeiten für die 1-Personen-Bürgerberatungsfilialen ließen sich nicht verlässlich benennen – weder aktuell noch künftig. Die Wartezeit sei immer auch abhängig von der durch die Bürgerberatung zu erledigenden Dienstleistung. Durch die Veränderung der Öffnungszeiten werde es zu einer Verteilung des Kundenaufkommens und zu einem Ausweichen auf andere Filialen kommen. Die Verwaltung werde die Wirkung der Maßnahmen im Rahmen einer Evaluation prüfen und beobachten.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt, ob die Stelleneinsparungen von 0,8 Stellenanteilen durch ein verändertes Öffnungszeitenmodell einem Betrag von ca. 30.000 Euro pro Jahr entsprechen. Weiter bittet er um Erläuterung der Begriffe "Kiwi-Bewertung" und "Index 2" aus der Anlage zur Informationsvorlage, Seite 11 des Berichts der GPA.

Herr Fliege erklärt, "Index 2" bedeute, dass die GPA den Handlungsbedarf in Bielefeld im Vergleich zu anderen Städten hoch einschätze. Die Empfehlungen der GPA beziehen sich jedoch auf Erkenntnisse aus den Jahren 2011 und 2012. Deshalb habe die Stadt Bielefeld aktuell eine eigene Organisationsuntersuchung als Planungsgrundlage durchgeführt. Der Stellenanteil von 0,8 Stellen entspreche ca. 36.000 Euro jährlich.

Herr Schatschneider (Die Linke) vertritt die Auffassung, dass die Wartezeit für Bürgerinnen und Bürger in der Filiale Brake bei einer zukünftigen Öffnungszeit von 6 Wochenstunden anstatt bisher 19 Wochenstunden deutlich steigen werde.

Herr Dr. Elsner fragt, ob Terminabsprachen und Selbstbedienungsterminals zur Wartezeitreduktion auch für die Filialen der Bürgerberatung in den Außenstellen zukünftig eine Option seien oder ob diese Möglichkeiten nur in der Hauptstelle in der Innenstadt angeboten werden sollen. Er befürchte, die Außenstellen würden durch die Reduktion der Öffnungszeiten "auf Raten sterben".

Herr Fliege erklärt, dass ab 2017 zunächst in der Bürgerberatung in Mitte Selbstbedienungsmöglichkeiten und Terminvereinbarungen geplant seien. Diese Möglichkeiten wären aus seiner Sicht auch z. B. für die Filialen in Heepen oder Brackwede denkbar. Bezüglich der Wartezeiten erwarte er durch Ausweichmöglichkeiten auf andere Filialen zukünftig Verlagerungen aber keine Erhöhungen.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) vertritt die Auffassung, die für die Filiale der Bürgerberatung im Stadtteil Heepen geplanten Öffnungszeiten seien akzeptabel, die für die Braker Filiale hingegen nicht. Die in der Informationsvorlage enthaltene tabellarische Darstellung der Fallzahlen der einzelnen Filialen halte er für irreführend. Setze man die Fallzahlen der Filiale in Brake in Beziehung zur Einwohnerzahl des Stadtteils, ergebe sich ein anderes Bild. Die Tabelle in der Informationsvorlage erwecke den Eindruck, die Filiale in Brake sei mit 2,2 % Anteil an der Gesamtfallzahl in ihrer Bedeutung als gering einzustufen. Die geplante Reduktion der Öffnungszeiten auf zwei Vormittage pro Woche und das deshalb zu erwartende Ausweichen von Bürgerinnen und Bürgern auf andere Filialen bedeute langfristig, dass die Fallzahlen in der Filiale in Brake tatsächlich sinken und diese dann doch geschlossen werde. Weiter könne er nicht nachvollziehen, weshalb eine Reduktion der Öffnungszeiten Einsparpotenzial bedeute, wenn Raumkosten auch dann anfallen, wenn die Filiale geschlossen ist.

Er stelle deshalb folgenden Antrag:

"Die Bezirksvertretung Heepen bittet den Oberbürgermeister, die Braker Nebenstelle der Bürgerberatung in der bisherigen Form geöffnet zu lassen; mindestens aber an einem Nachmittag zusätzlich zu den lediglich zwei Vormittagen, wie sie die Haushaltskonsolidierung in der Bürgerberatung vorsieht."

Herr Wäschebach verweist auf einen in der Einwohnerfragestunde von einem Vertreter der Braker Kaufleute und Vereine verlesenen Appell und beantragt, diesen als Begründung dem Antrag beizufügen:

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, zunächst einmal sind wir erleichtert, dass die Braker Nebenstelle des Bezirksamtes nicht zur Schließung vorgesehen ist. Aber wir sind sehr enttäuscht, dass sie nach den öffentlich gewordenen Plänen nur noch an zwei Tagen wöchentlich geöffnet sein soll.

Wir wenden uns an Sie mit dem dringenden Appell, die Braker Nebenstelle der Bürgerberatung in der bisherigen Form geöffnet zu lassen; mindestens aber an einem Nachmittag bis abends zusätzlich zu den beiden vorgesehenen Vormittagen. Wir wissen, dass die Entscheidung darüber in Ihrer alleinigen Zuständigkeit liegt. Wir möchten Ihnen aber unsere Gründe mitteilen und wissen uns dabei in Übereinstimmung mit allen örtlichen Parteien:

1. Brake ist ein Stadtteil, dessen Einwohnerzahl seit der Eingemein-

dung etwa um die Hälfte zugenommen hat. Die Zahl liegt heute bei knapp unter 10.000 Einwohnern; darunter viele ältere Menschen, für die ein Ämtergang nach Heepen oder nach Bielefeld-Innenstadt kaum noch möglich ist. Allein die BGW hat in Brake zwei Einrichtungen „Bielefelder Modell“ gebaut. Die Unzumutbarkeit weiter Wege gilt auch für Familien mit kleinen Kindern, die ebenfalls auf eine ortsnahe Versorgung angewiesen sind.

2. Soweit wir uns erinnern, sind Sie und Ihre Partei immer für Bürgernähe eingetreten – und damit für den Erhalt der Bezirke und der Dienstleistungen in den Bezirksämtern und in den Nebenstellen, was für die Lebensqualität in den Außenbereichen eine wichtige Rolle spielt. Eine Schließung oder eine starke Reduzierung der Öffnungszeiten wäre ein Schlag gegen Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit der Politik und würde bei den Bürgern auf Unverständnis stoßen, weil dann ein Gang „aufs Amt“ eine halbe Tagesreise bedeuten würde.

3. Die Bürgerberatung stellt ein wichtiges Element der Braker Infrastruktur dar. Was für Bielefeld das Rathaus, das ist für Brake die Nebenstelle des Bezirksamtes: ein Identifikationsort und ein wichtiger Standortfaktor. Nicht umsonst hat der alte 1972er Gemeinderat im Gebietsänderungsvertrag die Fortführung der Nebenstelle vertraglich gesichert.

4. Die Schließung der Nebenstelle würde in Brake zu Frust und weiterer Politikverdrossenheit führen; hat doch „die Stadt“ bereits Schwimmbad und Stadtteilbibliothek geschlossen – zwei Einrichtungen, denen die Braker bis heute nachtrauern.

Zudem glauben wir nicht, dass die Schließung ein nennenswertes Einsparungspotential erbringen würde. Die Räume sind angemietet (ob sie nun an zwei oder fünf Tagen benutzt werden, macht keinen Unterschied), die Arbeit muss gemacht werden und führt bei Zentralisierung und Leistungseinschränkungen zu langen Wartezeiten. In anderen Städten hat die Verärgerung der Bürger darüber u. a. bei der Bürgermeisterwahl eine wichtige Rolle gespielt.

Wir hoffen, dass unsere Argumente Sie überzeugen können und hoffen darauf, dass die Braker Nebenstelle weiterhin unverändert geöffnet bleibt."

Herr Dr. Elsner übt Kritik daran, dass bei der Erstellung der Statistiken, die zur Begründung der geplanten Sparmaßnahmen herangezogen werden, die Relation zwischen Öffnungszeiten und Fallzahlen nicht hergestellt wurde. Beachte man diesen Zusammenhang, ergebe sich zum Beispiel für die Filiale der Bürgerberatung in Brake, dass diese eine durchschnittlich gut besuchte Filiale sei. Weiter sei der besondere Charakter eingemeindeter Stadtteile nicht beachtet worden. Der Stadtteil Brake sei im Wesentlichen auch dadurch geprägt, dass es eine Verwaltung vor Ort gebe. Das in der Informationsvorlage dargestellte Einsparpotenzial durch Reduzierung von Öffnungszeiten halte er für fragwürdig. Seine Fraktion unterstütze daher nachdrücklich den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Schatschneider wirft die Frage auf, ob auf die Filiale in Brake nicht bei längerer Öffnungszeit auch mehr Fallzahlen entfallen würden. Er vermisse bei den Änderungsvorschlägen der Verwaltung die Verbesserung, die Änderungen mit sich bringen sollten. Auch für die Verwaltung sehe er Nachteile, z. B. durch Arbeitsverdichtung. Der durch 12.000 Unterschriften untermauerte Bürgerwille zum Erhalt der Filiale in Brake im bisherigen Umfang werde ignoriert, der Erhalt der Filiale mit reduzierten Öffnungszeiten sei aus seiner Sicht ein "fauler Kompromiss" dem er nicht

zustimmen werde. Dem Antrag der SPD-Fraktion könne er daher nur zum Teil, bezüglich des ersten Satzes, zustimmen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und vertritt die Auffassung, dass es wichtig sei, die von der Verwaltung geplante weitere Evaluation nach Einführung der Änderungen zu begleiten.

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet um Abstimmung über den ersten Teil des Antrags:

"Die Bezirksvertretung Heepen bittet den Oberbürgermeister, die Braker Nebenstelle der Bürgerberatung in der bisherigen Form geöffnet zu lassen."

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Heepen bittet den Oberbürgermeister, die Braker Nebenstelle der Bürgerberatung in der bisherigen Form geöffnet zu lassen.

- einstimmig beschlossen -

Bezirksbürgermeister Sternbacher bittet um Abstimmung über den zweiten Teil des Antrags:

"Sollte der Oberbürgermeister der Bitte auf Erhalt des Ist-Zustandes nicht entsprechen, bittet die Bezirksvertretung Heepen, die Braker Nebenstelle der Bürgerberatung mindestens an einem Nachmittag zusätzlich zu den lediglich zwei Vormittagen, wie sie die Haushaltskonsolidierung in der Bürgerberatung vorsieht, zu öffnen."

Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Sollte der Oberbürgermeister der Bitte auf Erhalt des Ist-Zustandes nicht entsprechen, bittet die Bezirksvertretung Heepen, die Braker Nebenstelle der Bürgerberatung mindestens an einem Nachmittag zusätzlich zu den lediglich zwei Vormittagen, wie sie die Haushaltskonsolidierung in der Bürgerberatung vorsieht, zu öffnen.

- bei einer Gegenstimme beschlossen -

Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 9

Zu Punkt 10 Zweiter Lärmaktionsplan

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2273/2014-2020

Bezirksbürgermeister Sternbacher nimmt Bezug auf die Beschlussvorlage und bittet die Berichterstatter, Fragen dazu zu beantworten.

Herr Wäschebach (Vorsitzender der SPD-Fraktion) fragt, weshalb die Bundesautobahnen im Gegensatz zu den Bahnstrecken der Deutschen Bahn nicht mit in den Plan einbezogen worden sind. Weiter fragt er, ob auch auf Landesstraßen eine Sanierung mit lärmoptimierten Belägen durchgeführt werde.

Herr Dr. Elsner (Vorsitzender der CDU-Fraktion) fragt, aus welcher Grundgesamtheit der fünfprozentige Anteil der Lärmbelasteten im Stadtbezirk Heepen errechnet wurde. Weiter fragt er, ob bei Betrachtung des "Bundesschienenwegs 1700" nur Personen- oder auch Güterverkehr einbezogen worden sei und welche Straßen im Stadtbezirk Heepen als Modellstrecken für eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 Stundenkilometer eingeplant worden seien.

Frau Bernauer (Umweltamt) erklärt, die Autobahn A 2 sei im Plan nicht genannt, weil die Betroffenheitsdichte entlang der Strecke im Vergleich zu anderen Straßen im Stadtgebiet gering sei und das Umweltamt auf Lärmschutzmaßnahmen für Betroffene wegen fehlender Zuständigkeit keinen Einfluss nehmen könne. Zur Sanierung von Landesstraßen erklärt Frau Bernauer, dass für diese lärmoptimierte Beläge verwendet werden. Bei städtischen Straßen werden Beläge verbaut, die im Vergleich zu dem vom Landesbetrieb verwendeten Material eine höhere Lärmreduzierung erreichen. Eine Einflussmöglichkeit durch das Umweltamt auf den Landesbetrieb Straßen NRW sei nicht gegeben. Die Grundgesamtheit, aus der ein fünfprozentiger Anteil lärmbelasteter Menschen im Stadtbezirk Heepen errechnet wurde, sei die Gesamtzahl der Bielefelder, die mit einem Lärmpegel von über 65 Dezibel am Tag und über 55 Dezibel in der Nacht belastet seien. Im Stadtbezirk Heepen betreffe dies insbesondere die Eckendorfer Straße, die Potsdamer Straße und die Braker Straße. Der Bundesschienenweg 1700 sei eine von der Deutschen Bahn zur Sanierungsprüfung angekündigte Strecke, bei der sowohl Güter- als auch Personenverkehr berücksichtigt werden solle. Das insgesamt 21 Kilometer lange Teilstück im Bielefelder Raum solle in drei Teilabschnitten geprüft werden. Die Prüfung setzte sich auch in den Herforder Raum fort und ende nicht an der Grenze zwischen Brake und dem Kreis Herford. Folge der Überprüfung könne aus ihrer Sicht die Installation von Lärmschutzmaßnahmen sein, z. B. einseitiger oder beidseitiger Lärmschutzwände. Im Stadtbezirk Heepen seien noch keine konkreten Straßen als Teststrecken für eine Begrenzung auf Tempo 30 benannt worden, dies könne aber auf Vorschlag der Bezirksvertretung oder aus Anwohneranregungen eingearbeitet werden.

Frau Klemme-Linnenbrügger (SPD-Fraktion) fragt, ob die dem Lärmaktionsplan zugrunde liegende EU-Richtlinie auch regule, welche Maßnahmen zum Lärmschutz zu ergreifen sind und ob die Richtlinie auch für den Landesbetrieb Straßen NRW gelte.

Frau Bernauer erklärt, dass die Richtlinie vorschreibe, alle fünf Jahre eine Lärmkartierung zu erstellen. Dies sei nur in Kooperation mit anderen Trägern möglich, was den Prozess verlangsamt. Die Kartierung bzw. der Lärmaktionsplan sei kein alleiniges Umsetzungsinstrument, der Landesbetrieb könne z. B. in eigenem Ermessen Maßnahmen vorsehen.

Herr Dr. Elsner nimmt Bezug auf die Ausführungen von Frau Bernauer zu den eventuell zu errichtenden Lärmschutzwänden an der Bahnstrecke und fragt, ob bei einseitigem Wandbau berücksichtigt werde, wie der Schall von dort auf die gegenüberliegende Seite zurückgeworfen werde. Zudem habe er die Frage, wie die zeitliche Perspektive der Bahn zur Prüfung der Strecken auf Herforder Gebiet aussehe.

Herr Wäschebach bittet um Information der Bezirksvertretung über die Ergebnisse der Untersuchung der Deutschen Bahn, insbesondere bezogen auf den im Stadtteil Brake liegenden Streckenabschnitt.

Frau Bernauer erklärt bezogen auf die Frage von Dr. Elsner, dass Lärmschutzwände an der Bahnstrecke hochabsorbierend und nicht reflektierend gebaut werden. Eine bestimmte Pegelreduzierung müsse erreicht werden, bei Bedarf auch durch beidseitig der Strecke aufgestellte Lärmschutzwände. Bezogen auf die Bitte von Herrn Wäschebach erklärt Frau Bernauer, die Stadt Bielefeld sei als Ansprechpartnerin der Bahn eng in den Prozess eingebunden und stelle der Bahn auch erforderliche Daten zur Verfügung. Eine Information der Bezirksvertretung über die Ergebnisse der Untersuchung der Deutschen Bahn sei deshalb möglich.

Herr Dr. Elsner vertritt die Auffassung, dass eine Tempo-Einschränkung auf Hauptverkehrsstraßen eine massive Einschränkung der Funktionalität dieser Straßen zur Folge habe. Er bittet darum, alle Aspekte sorgsam gegeneinander abzuwägen, bevor eine solche Maßnahme umgesetzt wird. Er betrachte die große Diskussionsbreite kritisch, denn es bestehe die Gefahr, hohe Erwartungen zu wecken, die vor allem wegen fehlender finanzieller Mittel nicht erfüllt werden können.

Herr Wäschebach betrachtet eine Einrichtung von Tempo 30 auf Hauptverkehrsstraßen ebenfalls kritisch und äußert seine Bedenken darüber, dass die Funktion dieser Straßen mit der Temporeduzierung nicht mehr gegeben sein werde. Er vertritt die Auffassung, dass die Bezirksvertretung in die Planungen solcher Maßnahmen im Rahmen ihrer Anhörungsrechte unbedingt einbezogen werden müsse.

Herr Kleimann (Amt für Verkehr) erklärt, dass die Einrichtung einer solchen Geschwindigkeitsbeschränkung ein komplexes Verfahren sei, bei dem eine objektive und konkrete Berechnung des Lärms zunächst die Erkenntnis liefern müsse, dass eine Reduktion der Geschwindigkeit auf 30 Stundenkilometer überhaupt ein probates Mittel zur Lärmreduktion sei. Erst dann könne eine Abwägung zwischen den betroffenen Belangen erfolgen. Die spezielle Funktion einer Hauptverkehrsstraße sei dabei besonders zu berücksichtigen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher fasst die Diskussion zusammen und vertritt die Auffassung, dass eine Optimierung der vorhandenen Straßen sowie die Umsetzung geplanter Straßenbaumaßnahmen wichtige Möglichkeiten seien, um Lärm vermindern zu können. Da die Bezirksvertre-

tung aus der heutigen Beratung keine konkreten Vorschläge für den AfUK und den STEA habe, werde die Vorlage lediglich zur Kenntnis genommen.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Vorstellung des Landschaftswächters für den Bezirk Heepen Nord

Bezirksbürgermeister Sternbacher begrüßt Herrn Bogdanski, der seit 01.04.2015 die Nachfolge von Herrn Stock als Landschaftswächter für den Bezirk Heepen Nord angetreten hat.

Herr Bogdanski berichtet über die Schwerpunkte seiner Tätigkeit als Landschaftswächter, sein Einsatzgebiet und seine Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Die Mitglieder der Bezirksvertretung begrüßen Herrn Bogdanski als neuen Landschaftswächter und danken ihm für seine Bereitschaft, dieses Ehrenamt zu übernehmen.

Bezirksbürgermeister Sternbacher sagt Herrn Bogdanski die Unterstützung der Bezirksvertretung und des Bezirksamtes zu.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 11 *

Zu Punkt 12 Abbruch des ehemaligen Schulgebäudes in Brönninghausen, Borriesstraße 10, 33719 Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2212/2014-2020

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 12 *

Zu Punkt 13**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Herr Skarabis verweist auf die den Mitgliedern der Bezirksvertretung ausgehändigte tabellarische Auflistung der unerledigten Beschlüsse. Weiter weist er darauf hin, dass in der Tabelle in Kursivdruck nachrichtlich Beschlüsse aufgeführt sind, die seit dem letzten Bericht der Verwaltung zum Sachstand erledigt werden konnten und in der nächsten Auflistung deshalb nicht mehr aufgeführt werden.

Herr Dr. Elsner bringt seine Verärgerung darüber zum Ausdruck, dass die Umsetzung des am 26.03.2015 durch die Bezirksvertretung Heepen gefassten Beschlusses zur Planung von zusätzlichen PKW-Stellplätzen und der Erstellung eines Parkraumkonzepts für den Heeper Ortskern bis heute nicht abgeschlossen oder die Bezirksvertretung über den Bearbeitungsstand informiert wurde. Die Eröffnung der neuen Volksbankfiliale und des Wohnprojektes nach dem Bielefelder Modell neben dem Amtplatz stehe in Kürze an. Wie der Bedarf an zusätzlichem Parkraum gedeckt werden solle, sei trotz des frühzeitigen Antrags der Bezirksvertretung nicht geklärt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* Bezirksvertretung Heepen - 25.11.2015 - öffentlich - TOP 13 *

-.-.-